

POLITISCHE ABTEILUNG III
p.B.15.21.Ho.(19).-RIA/BUG

Bern, den 3. Dezember 1991

Offizieller Arbeitsbesuch
des ungarischen Aussenministers
G. Jeszenszki in Bern
(12.12.1991)

Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Europa

1. Unter sicherheitspolitischen Aspekten ist für Ungarn zunächst folgendes zu beachten:
 - Das Land hat eine Armee von 94'000 Mann (Reserve 134'000). Die Verteidigungsausgaben (1990 = 717 Mio. US\$) machen 2,6 % des BIP aus (Schweiz = 1,6 %). Die Streitkräfte werden zurzeit abgebaut (ca. 20 %), die Dienstzeit ist von 24 auf 18 Monate verkürzt worden.
 - Früher waren in Ungarn bis zu 60'000 sowjetische Soldaten stationiert. Ende Juni haben die letzten Truppen der UdSSR das Land verlassen. Uebrig bleibt eine schwierige Verhandlung über die Entschädigung zurückgelassener Einrichtungen (Bauten etc.).
 - Wer an 1956 denkt, begreift unschwer, warum sich die gegenwärtige Regierung Ungarns besonders stark für die Auflösung des Warschau-Paktes (April 1991) eingesetzt hat. Das Risiko, in ein sicherheitspolitisches Vakuum zu geraten, wurde bewusst in Kauf genommen.
 - Dabei ist die Lage unter rein militärischen Gesichtspunkten alles andere als unproblematisch. Ein Blick in den Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (CFE, 19.11.1990) genügt, um sich davon zu überzeugen. Der Vertrag, von dem man weiterhin hofft, dass er in Kraft tritt,

beruht auf einem konventionellen Gleichgewicht zwischen zwei nicht mehr existierenden Blöcken. Gemäss Vertrag stehen beispielsweise dem wiedervereinigten Deutschland 4'166 Panzer zu, während Ungarn über 835, die Tschechoslowakei über 1'435 und Polen über 1'730 verfügen dürfen. Selbst gemeinsam kämen die drei Länder nicht an die Zahl der deutschen Panzer heran. Die Höchstgrenze der sich auflösenden Sowjetunion ist auf 13'150 festgelegt!

2. Ungarn hat weder die Mittel noch den Willen, seine Streitkräfte und deren veraltetes Material zu modernisieren. Niemand wird dem Land deswegen einen Vorwurf machen, da die beschränkten Mittel in der Tat besser eingesetzt werden können. Trotzdem ist das strategische Umfeld keineswegs rosig, ist es doch von zahlreichen Unsicherheiten gekennzeichnet:
 - An der Südgrenze tobt der jugoslawische Bürgerkrieg, der auch ungarische Minderheiten in Serbien und Kroatien betrifft. Die Regierung Antall hat sich zunächst lautstark für alle ungarischen Minderheiten eingesetzt, ist aber inzwischen gegenüber Jugoslawien viel behutsamer geworden.
 - Ungarische Minderheiten finden sich auch in der Tschechoslowakei und Rumänien. Vor allem die 2 Mio. Ungarn im rumänischen Siebenbürgen sorgen immer wieder für Spannungen mit der Regierung in Bukarest. Offiziell stellt sich Budapest auf den Standpunkt, keine Grenzverschiebungen zu suchen, sondern nur den rechtlichen Schutz der Minderheiten verbessern zu wollen.
 - Der Verfall des sowjetischen Imperiums an der nordöstlichen Grenze mag für Ungarn sicherheitspolitisch auf den ersten Blick einen Gewinn bedeuten. Was mit den sowjetischen Nuklearstreitkräften geschieht, ist aber auch für dieses Land eine beängstigende Frage. Wohin wird sich militärisch eine unabhängige Ukraine bewegen, auf deren Territorium es ebenfalls ungarische Minderheiten gibt?

- Der Westen hat bisher recht grosszügig mit Geld unter die Arme gegriffen, im sicherheitspolitischen Bereich ist er aber sehr unverbindlich geblieben.
3. In einer solchen Situation überrascht es nicht, dass Ungarn fieberhaft nach neuen Optionen sucht:
- Jene der Neutralität stand nur kurz zur Diskussion. In der Uebergangsphase war sie noch sehr populär, ist dann aber ebenso rasch wieder vergessen worden. Die Regierung Antall wollte sich den EG-Beitritt nicht verbauen, gelang wohl auch zur Ueberzeugung, dass sie sich eine militärisch glaubwürdige Neutralität gar nicht leisten könnte.
 - Mit dem NATO-Beitritt waren die Ungarn etwas vorsichtiger als der impulsive Präsident der benachbarten Tschechoslowakei. Wenn sie nicht offiziell vorprellten, hatte das aber mehr mit taktischen Ueberlegungen zu tun. In der Substanz wünscht sich auch Ungarn eine möglichst intensive Annäherung an die NATO. Die Erklärung der NATO-Aussenminister vom vergangenen Frühling in Kopenhagen (wonach die demokratische Freiheit in Mittel- und Osteuropa für die Allianz ein "direct and material concern" ist) sowie die auf dem Gipfel in Rom (7./8.11.) beschlossene Errichtung eines Kooperationsrates (regelmässige Treffen auf Botschafterebene, periodische Treffen auf Ministerebene) werden in Budapest nur als erste Schritte betrachtet.
 - Ebenso aufgeschlossen ist Ungarn gegenüber dem EG-Beitritt und dem Ausbau der sicherheitspolitischen Komponente im Rahmen der politischen Union. Im Gegensatz zu neutralen Beitrittskandidaten verspürt man diesbezüglich nicht die geringsten Bedenken. An dem von der WEU beschlossenen Konsultativrat (Bonn 18.11.1991) dürfte Ungarn mit Rumänien, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Polen begeistert mitmachen,

ohne sich über Doppelspurigkeiten und Ueberschneidungen grosse Gedanken zu machen. Dem aussenstehenden Beobachter ist nicht ganz klar, was die Funktion dieser parallel verlaufenden Gremien sein soll.

- Der hungrige Ausblick nach Westen hat auch den Stellenwert der KSZE etwas relativiert. Zunächst erblickte man darin in Budapest das ideale Forum, um in Europa eine neue, kooperative Sicherheitsordnung aufzubauen. Die Begeisterung hat sich inzwischen abgekühlt, weil bei den militärischen Komponenten der Sicherheit die Erwartungen einfach nicht erfüllt werden konnten.
 - Mehr Realismus bezeugt Budapest insofern, als man sich ehrlich um eine Verbesserung regionaler und bilateraler Sicherheitsstrukturen zu bemühen scheint. Als Beispiel hiefür ist das "open skies"-Abkommen vom vergangenen Mai mit dem konfliktträchtigen Nachbarn Rumänien zu nennen, das von Ungarn bewusst als vertrauensbildende Massnahme vorangetrieben worden ist. Mit den östlichen Nachbarn Polen und Tschechoslowakei ist ein sicherheitspolitischer Dialog errichtet worden, der unter dem Namen "Troika" läuft. Im Verhältnis zur Sowjetunion steht immer noch die Erneuerung des Freundschaftsvertrages aus, was in der Vergangenheit an der berüchtigten Sicherheitsklausel (kein Beitritt zur feindlichen Allianzen) gescheitert ist. Seit dem Putsch von August hat sich die Haltung Moskaus aufgeweicht, nun stellt sich aber die Frage, mit wem auf der Gegenseite zu verhandeln ist.
4. Niemand wird den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa das Recht bestreiten, auf den rudimentären Gerüsten der europäischen Sicherheitsarchitektur ihre Interessen anzumelden. Was die Schweiz betrifft, verfolgen wir diesbezüglich folgende Schwerpunkte:

- Für die politischen Aspekte der Sicherheit, die bis und mit zum "peace keeping" reichen, bleibt für uns die KSZE im Vordergrund. Wir sind der Ansicht, dass das Krisenmanagement der KSZE verbessert werden sollte; namentlich muss der Ausschuss Hoher Beamter über ein Instrumentarium wie fact-finding-Missionen, Beobachter-Missionen und Friedenserhaltende Operationen verfügen, um seinen Beschlüssen im Rahmen des Dringlichkeitsmechanismus Nachachtung zu verschaffen. In diesem Sinne unterstützen wir den Vorschlag Finnlands, Schwedens und Norwegens, im Rahmen der KSZE friedenserhaltende Operationen nach dem Vorbild der UNO-Blauhelme zu schaffen. Im Konfliktverhütungszentrum sollten unter Oberaufsicht des Ausschusses Hoher Beamten die notwendigen Infrastrukturen errichtet werden. Diese Instrumente müssen am kommenden Folgetreffen in Helsinki erarbeitet werden. Ferner kommt den Sicherheitsverhandlungen nach Helsinki grosse Bedeutung zu, weil der Abrüstungsdialog den neuen Entwicklungen, nicht zuletzt der fortschreitenden Auflösung des Sowjetimperiums, Rechnung tragen muss.
- Die Schweiz hat ein Interesse daran, dass das atlantische Bündnis weiterhin als kollektives Sicherheitsorgan eine wichtige Rolle in Europa wahrnimmt, die NATO ist ein stabilisierender Faktor auf dem Kontinent. Es wäre sinnlos, die NATO zugunsten der WEU ausspielen zu wollen. Die transatlantische Verbindung bleibt eine wesentliche Voraussetzung für eine tragfähige neue Sicherheitsordnung.
- Die Schweiz begrüsst unter diesem Aspekt den NATO-Kooperationsrat. Was uns betrifft, wollen wir aber nicht mit der NATO als Organisation, sondern mit den einzelnen Mitgliedstaaten gleichberechtigt am Tisch verhandeln. Wir wollen die Verbindung mit der NATO in der KSZE herstellen. Es läge nicht in unserem Interesse, in irgendeiner Form beim NATO-Kooperationsrat akkreditiert zu werden. Falls sich nicht nur die mittel- und osteuropäischen Staaten bei der NATO akkre-

ditierten und die Tätigkeit des Rates mitverfolgten, wäre zu befürchten, dass der nordatlantische Kooperationsrat zu einer unerwünschten Konkurrenz der KSZE wird, umso mehr, als die KSZE ja just den Sicherheitsdialog im Konfliktverhütungszentrum ausbauen will. Aus schweizerischer Sicht besteht kein Verlangen, den Sicherheitsdialog von der KSZE in den NATO-Kooperationsrat zu verlagern.

- Was den EG-Beitritt betrifft, werden wir die sicherheitspolitischen Implikationen auf der Grundlage der Ergebnisse des Gipfels von Maastricht untersuchen.
- Die Bemühungen für eine Verstärkung des Europarates haben unsere Unterstützung. Als Hort demokratischer Staatsformen hat diese Organisation auch sicherheitspolitisch eine Bedeutung.
- Von enormer Wichtigkeit sind alle Anstrengungen der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, in ihrer unmittelbarer Nachbarschaft zu vereinbarten Strukturen des Vertrauens und der Sicherheit zu gelangen.
- Auf bilateraler Ebene hat Bundesrat Villiger anlässlich seines Besuches vom 17.-19.02.1991 in Budapest vor allem auf dem Gebiete der militärischen Ausbildung (Kader) Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit besprochen. Diese Projekte werden auf Expertenebene weiterverfolgt.
- Wir sind schliesslich sehr daran interessiert, mit Ungarn in den multilateralen Bemühungen für die Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammenzuarbeiten. An der Ueberprüfungskonferenz der Konvention über die biologischen Waffen (September 1991) haben wir diesbezüglich erfreuliche Erfahrungen gemacht. Das Expertentreffen vom kommenden Frühling über die Verifikation der B-Waffen wird vom ungarischen Botschafter Toth geleitet werden.

Kopien an:

- GRN, WI, FR, DAH, HAU